

Kein Grund zum Feiern: 10 Jahre Bologna-Reformen, Bilanz eines Desasters

Gero Fischer

New Public Management und Entdemokratisierung
Hayek statt Humboldt
Zugangsbarrieren
Bildung als Bürgerrecht
Brain Gain statt Brain Drain
Abschied von Bologna und Neubeginn

Vorbemerkung

1999 wurde die sog. Bologna-Erklärung durch die Bildungsminister (bis heute von 46 Staaten) unterschrieben.

„Zehn Jahre nach der Einführung der Bologna-Reform an den Universitäten kann die tiefgreifendste Reform der deutschen Universität nach dem 19. Jahrhundert als gescheitert gelten. Das gestehen inzwischen sogar die Verantwortlichen ein. Dafür haben einzig und allein die Proteste der Studenten gesorgt. Allerdings wären es nicht dieselben Politiker und Wissenschaftsmanager mit Vierjahresgedächtnis, die auch die Reform zu verantworten haben, wenn sie nicht eine neue Ausflucht parat hätten: Das sei alles ein ‚Umsetzungsproblem‘. Nein, das ist es nicht. Die Bologna-Reform ist ein wissenschaftsfernes Zwangskorsett, das der Verkürzung der Studienzeiten und der Verringerung der Abbrecherquote dienen sollte. Es war nicht umsonst von Anfang an von einem europäischen Hochschul- und Wirtschaftsraum die Rede. Und es ist kein Zufall, dass die Bologna-Blase so kurz nach der Finanzblase platzt. In beiden Systemen haben die Verantwortlichen jeden Bezug zur Wirklichkeit verloren. Nachdem Hochschulpolitiker und Wissenschaftsmanager jahrelang den Superlativ vergewaltigt und von einer Exzellenz zur nächsten getaumelt waren, genügt es nun nicht mehr, ein paar Studienpläne nachzubessern.“¹

Dass sich die Universitäten europaweit in einem jämmerlichen Zustand befinden, ist Realität und das schon seit Jahrzehnten. Zahlreiche Reformen in Österreich führten zu keiner substantiellen Verbesserung der Arbeits- und Studierbedingungen. Investitionen wurden nur zögerlich getätigt, die Universitäten und ihre Einrichtungen verrotteten allmählich durch zahlreiche rigide Sparprogramme, sie wurden nicht entsprechend der Nachfrage personell und finanziell ausgestattet. Die Universitäten konnten ihrem Bildungsauftrag kaum mehr gerecht werden.

Die Diplome aber waren im Prinzip gleich gültig, egal wo sie erworben wurden. Absolventen österreichischer Universitäten konnten im In- und Ausland ihre Chancen wahren, bis zur Uni-Reform 2002 hatten Nachwuchswissenschaftler auch reelle Chancen ihre akademischen Karrieren zu planen. Die Bedingungen an den Universitäten waren miserabel, aber wie Wolfgang Lieb schreibt, „wenigstens dem Anspruch nach galt das Humboldtsche Prinzip der ‚Bildung durch Wissenschaft‘“². Dann aber kamen die Bologna-Reformen, weiter W. Lieb: „Die Prinzipien der Wissenschaftlichkeit (fragende Haltung, Problem- und Methodenbewusstsein, Strukturierungsfähigkeit, Selbständigkeit) und des forschungsorientierten Lernens, ... wurden durch *workload* [Hervorhebung durch den Autor] ersetzt – also durch das Arbeitspensum zum Erwerb von ‚Kreditpunkten‘. Die ‚hohen Schulen‘ werden mehr und mehr zu Lern-Fabriken, in denen die Masse der Studierenden durch ein Kurzstudium geschleust wird. Der Bachelor-Abschluss ist in der derzeitigen Ausgestaltung häufig nicht mehr als ein zertifizierter Studienabbruch und garantiert noch lange nicht, dass der Absolvent auf dem Arbeitsmarkt

¹ FAZNET 28.11.09

² Wolfgang Lieb: Humboldts Begräbnis. Zehn Jahre Bologna-Prozess.
In: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2009: 89-96, S. 89

eine Verwendung findet. Der Übergang zu einem ‚wissenschaftlichen‘ Master-Abschluss steht dagegen nur noch einem kleineren Teil der Studierenden offen.“³

Wichtige Ziele der Bologna-Reform wie internationale Mobilität und größere Berufsnähe der BA-Programme wurden glatt verfehlt. Die Verschulung und der starre modulare Aufbau der Curricula hat die (internationale) Flexibilität – ein wichtiges Ziel der Reform – zum Erliegen gebracht, die Studienabbrecher-Rate wurde nicht gesenkt (es ist eher das Gegenteil eingetreten⁴), die gegenseitige europaweite Anrechnung von Studien(teilen) ist vielfach leere Versprechung geblieben, die Berufstauglichkeit des BA-Abschlusses ist weitgehend eine Illusion, die explosionsartig gestiegene Bürokratie steigert die Frustration aller an den Universitäten Tätigen in schwer erträglichem Ausmaß. Das Studium ist für den Staat auch nicht finanzierbarer / billiger geworden ... Den Bildungsministern schwebte damals die Herstellung eines europäischen Hochschulraumes vor, wenn aber gleichzeitig Bildungsminister mit Quotierungen von Ausländern u.dergl. Zugangsbeschränkungen operieren, dann unterlaufen sie dieses Vorhaben.

Aber die herrschenden Verhältnisse werden nicht länger widerspruchlos hingenommen. Im Jahre 2008 wurden die Studierenden in einer Studie der Universität Konstanz über politische Orientierungen und gesellschaftliche Werte der Studierenden⁵ als „angepasst, gleichgültig, konzeptlos, beliebig, unpolitisch, unsolidarisch“ charakterisiert. Diese Einschätzung muss im Jahre 2009 grundlegend revidiert werden, von Apathie kann nicht mehr die Rede sein. Die Studierenden haben genug vom Scheuklappen-Studium und sind nicht mehr gewillt den Einheitsfraß à la Bologna und die Bedingungen einer auf allen Ebenen ausgehungerten Universität weiter zu akzeptieren.

Paradox ist ja bloß, dass jetzt auch seitens der Wirtschaft Kritik an Bologna, zumindest am BA-Abschluss kommt, wo doch letzterer gerade wesentlich auf Initiative und Drängen der Wirtschaft eingeführt wurde.

New Public Management statt demokratischer Selbstverwaltung

Voraussetzung für die Umsetzung der Bologna-Architektur war die Ersetzung der demokratischen universitären Selbstverwaltung durch betriebswirtschaftliche Top-Down-Strukturen. Der Studienbetrieb wurde im Zuge der „Bolognisierung“ der Studien gewissermaßen analog zum Muster eines Produktionsbetriebes umgebaut, Universitäten wurden sozusagen zu „Lernfabriken“. Wissenschaft und Lehre sollten an die Regeln des Marktes angepasst werden, was insbesondere nach dem Zusammenbruch der Ost-West-Systemkonkurrenz 1989 auch politisch opportun erschien. Universitätsleitungen wurden wie Konzernleitungen strukturiert, mit Aufsichtsräten analogen Universitätsräten. „Tatsächlich ist er [der Universitätsrat] nur eine schlechte Karikatur des Aufsichtsrates einer Kapitalgesellschaft. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass Universitätsräte drastische Fehlentwicklungen oder Missstände an ihrer Universität tolerieren und gleichzeitig risikoreiche Prestigeobjekte forcieren oder gutheißen, ohne auch nur annähernd die Implikationen, die diese für den Forschungs- und Lehrbetrieb mit sich bringen, überschauen können.“⁶ Der Universitätsrat hat sich nicht wirklich bewährt. Er wird unweigerlich immer wieder zum Austragungsort für Interessens- und Klientelpolitik.

³ Ebenda S. 90

⁴ Vgl. Spiegel 18/2008: Die Studenten-Fabrik

⁵ Tino Bargel: Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftliche Werte der Studierenden. Studierenden-survey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007. Bonn 2008

⁶ Philipp Funovits: Die Umgestaltung des österreichischen Universitätssystems nach Grundsätzen des New Public Managements aus der Perspektive eines Universitätsangehörigen. In: schulheft 133/2009: 31-48, S. 42

Bildung als Ware oder Hayek statt Humboldt

Nach dem neoliberalen Mantra ist Bildung Ware, die ihren Preis haben muss, den man sich leisten können (wollen) muss. Da demgemäß ja nicht jeder studieren können muss, ist damit die soziale Aussperrung direkt angesprochen. Wenn schon sozial schwache Schichten trotzdem Zugang zu den Hohen Schulen erhalten sollen, dann nur Handverlesene, Genieverdächtige, die gleichzeitig als herzeigbares soziales Feigenblatt benutzt werden können. Noch in den 50-er Jahren des 20. Jh. gab es Zugangsbeschränkungen zu den AHS in Form von selektiven Aufnahmeprüfungen. Nehmen wir noch die Genderperspektive dazu, dann wird klar, dass der Weg zur Bildung lange Zeit nicht als Weg der Emanzipation und der offenen demokratischen Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess gedacht war sondern erst erkämpft werden muss(te). Da entsprechend neoliberalen Dogma das Studium als „private Investition in die Beschäftigungsfähigkeit (neudeutsch: „Employability“) jedes einzelnen Studierenden“⁷ aufgefasst wird, ist es auch nur konsequent, wenn für diese „private Investition“ auch entsprechende Studiengebühren verlangt werden, die zudem angeblich mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen schaffen. Die Studenten würden dadurch profitieren, dass sie in der Position des „Kunden als König“ Verbesserung der Leistungen des Betriebes Universität erzwingen könnten. Studiengebühren / Kostenbeteiligung führten angeblich zu Effizienzsteigerung. Seit 1989 scheint es ideologisch ausgemacht, dass es zur Übermacht des Marktes keine Alternativen gäbe. Aus dieser Logik wird „Effizienz“ durch Quantifizierung inhaltlicher Aspekte von Forschung und Lehre anhand von zahlreichen Indikatoren, sowie dem Maß der Drittmittel-Einwerbung, etc. herangezogen, um den Universitäten finanzielle Mittel zuzumessen. In dem Ausmaß wie staatliche Universitäten dereguliert werden, erhalten private Universitäten staatliche Förderungen. Unterschlagen wird dabei, dass mehr Wettbewerb und Deregulierung keineswegs Garantien für Effizienz und nachhaltige Zukunftsperspektive darstellen müssen. Wie andere Betriebe auch, haben auch schon private Universitäten Konkurs anmelden müssen bzw. ihn nur mit Mühe (mit staatlichen Mitteln)⁸ abwenden können.

Geleitet vom neoliberalen Geist zeichnet sich eine Zweiteilung des tertiären Sektors ab: Kümmerlich dotierte BA-Studien für die Abfertigung der Massen und dagegen ausreichend geförderte MA-, PhD-Studien sowie Elite- / Exzellenzuniversitäten für wenige Auserwählte. Kleinere Universitäten werden in absehbarer Zeit wegen Unterfinanzierung ihren Standard nicht halten können und bestenfalls in Nischen überleben oder zumindest einige Studienrichtungen aus ihrem Angebot liquidieren.

Zugangsbarrieren

Unter ökonomistischen Prämissen ist es nur logisch, wenn im Zusammenhang mit dem Hochschulzugang an „Nachfragesteuerung“ durch das Einheben von Studiengebühren gedacht wird. Wenn aber der freie Marktzugang des „Kunden“ / der Studenten sich selbst regelt, wozu aber soll dann der Anbieter / die Hochschule seine Kunden auswählen? Wie dem auch sei, die Marktgesetze gelten sehr wohl: Ein höherer Preis senkt die Nachfrage und in der Tat wird das Argument für die Einführung von Studiengebühren in Stellung gebracht, weil diese die Massen der Studierenden eindämmen sollen. Eine Studie des Hochschulinformationssystem / HIS bringt den empirischen Nachweis, dass vor allem Frauen und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten⁹ von Studiengebühren betroffen sind. Das Mantra der leeren öffentlichen Kassen begleitet schon seit Jahrzehnten (selbst in Zeiten der Hochkonjunktur) den hochschulpolitischen Diskurs. Dass das Diktum vom „armen Staat“ kaum mehr als ein vorge-

⁷ Wolfgang Lieb, S. 94, vgl. Fußnote 1

⁸ Spiegel 22.7.09, Spiegel 17.12.08

⁹ Christoph Heine, - Heiko Quast – Heike Spangenberg: Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und – strategien. HIS: Forum Hochschule 15, Hannover 2008

schobenes Argument ist, entlarvt 1996 ein OECD-Papier:¹⁰ „Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. Beispielsweise lassen sich Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung, und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen oder bestimmte Tätigkeiten ganz einzustellen. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z.B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden“.

Bildung als Bürgerrecht (R. Dahrendorf)

Während in Österreich buchstäblich der Notstand ausgerufen wird, wenn die Studierendenzahlen steigen, bemühen sich andere Länder um möglichst viele Studenten. Die Bildungspolitik in Großbritannien strebt beispielsweise an, dass die Hälfte der Jugendlichen studiert, weil empirisch belegt ist, dass mehr Bildung mit geringerer Arbeitslosigkeit korreliert. In der Regel wird angenommen, dass die Einkommenschancen (und damit die Steuereinnahmen) nach absolviertem Studium höher liegen. Was Letzteres betrifft, bin ich mir nicht so sicher, ob die Erwartungen auch so zutreffen wie die prognostizierten Annahmen, wenn ich die rapide steigende Zahl der extrem unterbezahlten „Praktikanten“ mit einbeziehe und die Wirtschaftsentwicklung wenig Zuversicht verspricht. Trotzdem und gerade deshalb wäre der Preis für stabilere soziale und damit auch politische Verhältnisse in Form von massiven Investitionen in den Bildungsbereich zu leisten. Finnland kann es sich jedenfalls leisten, dass 3/4 aller 19-Jährigen an einer Uni oder FH studieren. Während im OECD-Durchschnitt an die 35 Prozent eines Jahrganges einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss haben, sind es in Österreich gerade einmal 19,6 Prozent.¹¹

Finnlands Erfolge im Bildungswesen resultieren aus 30 Jahren systematischer Überzeugungs- und Entwicklungsarbeit und dem quer über alle politischen Lager gemeinsam vertretenen Standpunkt, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, das intellektuelle Potenzial des Landes zu heben und nicht zu vergeuden. An erster Stelle stand die Reform des Schulwesens mit dem Ziel, möglichst viele Schüler zur Hochschulreife zu bringen, was dort in eindrucksvoller Weise gelungen ist. In Österreich entspricht der geringen sozialen Durchlässigkeit des österreichischen Schulwesens auch der geringe Anteil bildungsferner und sozial schwacher Schichten mit akademischer Ausbildung. Eine Förderung dieser Schichten mit Stipendien erst auf akademischem Boden greift zu kurz und zeitigt daher wenig Wirkung. In Österreich hingegen fehlt einfach der politische Wille, vom sozial selektiven Charakter des Schul- und Bildungswesens abzugehen. Um die explizite Klärung der grundsätzlichen Frage, ob es ein Recht auf Bildung für alle oder nur für Auserwählte / Eliten geben soll, wird die Politik auch hierzulande nicht herum können.

Nachholbedarf von Jahrzehnten

Die Tatsache, dass insbesondere im Hochschulwesen die Investitionen nicht mit der Dynamik der Entwicklung der Hörerzahlen Schritt gehalten haben, schlägt sich insbesondere in den Betreuungsverhältnissen nieder. Im Vergleich zur ETH Zürich hinken wir in Wien hoff-

¹⁰ C. Morrison: The Political Feasibility of Adjustment. OECD Policy Brief 13, URL: www.oecd.org/dataoecd/24/24/1919076.pdf (zit. Nach: Andrea Liesner – Ingrid Lohmann: Zur neoliberalen Transformation der Bildungseinrichtungen, in: schulheft 133/2009: 9-19, S. 9

¹¹ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060916_OTS0046

nungslos abgeschlagen hinterher: In Wien entfällt Professor auf 194 Studierende, in Zürich beträgt das Verhältnis 1:56. Selbst wenn wir kurzfristig substantielle finanzielle Mittel zur Verbesserung der Lehre in die Hand bekämen, so hätten wir erhebliche Probleme diese bestimmungskonform einzusetzen, weil uns schlicht und einfach der wissenschaftliche Nachwuchs und Personal für die akademische Lehre fehlt. Es gibt schon seit vielen Jahren keine ausreichenden Mittel, akademischen Nachwuchs zu fördern und unter attraktiven Bedingungen an unsere Universitäten zu binden. Talentierte und motivierte Absolventen bleiben nicht sondern suchen sich anderswo Betätigungsfelder, wo sie einerseits attraktive Berufsperspektiven und adäquate Bezahlung erwarten können.

Um Anschluss – etwa an die ETH Zürich – zu schaffen, wären ab sofort Milliarden € kurz- und mittelfristig zu investieren. Das Betreuungsverhältnis der ETH Zürich zu erreichen, müsste beispielsweise ein konkret erreichbares, mittelfristiges Ziel sein. Die aktuellen veröffentlichten und geplanten Steigerungsraten der Bildungs- und Hochschulbudgets erlauben es keineswegs an eine Aufholjagd auch nur zu denken.

Warum nicht Brain Gain statt Brain Drain?

Die Antwort lautet: Förderung, Ausschöpfen des intellektuellen Potenzials. Das heißt, dass Studierwillige und Hochschulen aufeinander zukommen. Hochschulen sollen ihre Bildungsmöglichkeiten darlegen, künftige Studenten professionell beraten, sie anhalten, sich für ein bestimmtes Fach zu interessieren und ggfls. auch schon vorbereiten. Erfahrungen der Studienberechtigungsprüfung / SBP¹² könnten dazu nutzbar gemacht werden: Bewerber um die SBP müssen Vorbildung entweder nachweisen oder (durch Kurse, spezielle Lektüre etc.) erwerben, ein von der Fakultät bestimmter Referent berät die Kandidaten und entscheidet über ihre Zulassung zur SBP. Den Kern der Tätigkeit eines SBP-Referenten stellen in der Regel aufwändige individuelle Gespräche mit den Bewerbern dar mit dem Ziel, ihr Studiervorhaben, ihre Voraussetzungen und Vorstellungen über die gewählte Studienrichtung zu diskutieren. Resultat soll letztlich sein, die Studierenden dahin gehend zu unterstützen, dass sie die für sie beste Entscheidung treffen. Bei diesen Gesprächen kann es sich herausstellen, dass Studierwillige völlig falsche (oft von Medien geprägte) Vorstellungen vom Studium generell oder einer konkreten Studienrichtung haben (dass sie z.B. nicht wissen, was der Unterschied zwischen einem philologischen Studium und dem Dolmetschstudium ist, oder dass sie es falsch einschätzen, was sie in der Musikwissenschaft oder Kunstgeschichte erwartet u.dergl.) oder dass sie nicht die richtigen Voraussetzungen mitbringen oder mit unrealistischen Erwartungen an eine gewählte Studienrichtung herangehen. In diesen Fällen ist es notwendig, dass der SBP-Referent alternative Zugänge aufzeigt, bzw. herausarbeitet, welches Studium den Vorstellungen der künftigen Studenten am besten entspricht. Nach meiner langjährigen Erfahrung als SBP-Referent gelingt es so gut wie immer konsensuale Lösungen zu finden.

Analog könnte auch der Zugang zu einer Studienrichtung für Maturanten ablaufen. Bevor sie sich für ein Studium bewerben müssten sie ausführlichst informiert und beraten werden, keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, dass es Hunderte Studienrichtungen an den Hochschulen gibt, wobei bei es bei vielen mit verwirrend ähnlichen Bezeichnungen schwer fällt sich zu orientieren. Die jährlich abgehaltenen Berufs- und Studieninformationsmessen können diesen Informations- und Beratungsbedarf nicht decken. Dass es viele lokale Initiativen an einzelnen Schulen gibt, die zukunftsweisend sein könnten, sei erwähnt. Notwendig ist jedoch eine breit angelegte Gesamtlösung, die das bisherige Flickwerk ersetzt.

Sowie die Maturanten sich für eine bestimmte Studienrichtung entschieden haben, sollten sie sich (z.B. ab Mai) sich schriftlich für ein Studium bewerben, ihre Motivationen und Vorbildung darlegen. Anschließend daran sollten sie (in Analogie zur SBP) zu einem Orientie-

¹² Die SBP ermöglicht den Zugang zum Studium ohne Matura. Die Kandidaten haben dazu neben dem Nachweis der Vorbildung für das Studienfach 5 Pflichtprüfungen zu absolvieren.

rungsgespräch / Interview an die Universität / Hochschule eingeladen werden, um ihren Studienwunsch ausführlich mit einem Referenten zu diskutieren. In solchen Motivations-/Bewerbungsschreiben für Russistik könnten sie beispielsweise darauf verweisen, dass sie sich im Gymnasium schon mit Russisch beschäftigt haben oder dass sie einiges an russischer Literatur in Übersetzungen gelesen haben etc. Ein derartiges Bewerbungsverfahren würde zumindest eine Steuerungsfunktion beinhalten: Studierende, die nur an einem Sprachkurs, nicht aber an einem philologischen Studium interessiert sind, würden sich dadurch „outen“ und könnten auf Sprachkurse verwiesen werden, die ihren Interessen näher stehen – Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass es ein derartiges Angebot gäbe.

Mehrstufige Studienvorbereitung

Die eben angesprochene Phase der Beratung und Betreuung, die breit angelegt sein müsste, sollte in die Oberstufe (spätestens 7. Klasse) vorverlegt werden und den Entscheidungsprozess der Schüler für ein konkretes Studium professionell begleiten. Dazu wäre ein ganzes Paket von Maßnahmen sinnvoll und notwendig, die auch von Hochschulen in Kooperation mit den AHS / BHS mitgetragen werden müssten. Neben professioneller Beratung / Betreuung seitens der Hochschulen könnte ein solches Programm Muster-/ SchnupperLV enthalten ebenso wie die Möglichkeit einer universitären Betreuung einer Fachbereichsarbeit, bzw. „vorwissenschaftlichen Arbeit“ oder die Möglichkeit, dass Schüler LV an der Universität besuchen und diese für das Schulzeugnis anrechnen lassen können, etc. Eine Institutionalisierung der Beratung zur Studienentscheidung ab der Oberstufe der AHS / BHS ist sicherlich effektiver als eine STEP bisherigen Zuschnitts (mit mehr oder weniger versteckten oder offenen Knock-out-Funktionen). Zu fordern wäre auch ein entsprechendes aufbauendes, ergänzendes Angebot an LV an den Hochschulen, die es Absolventen z.B. der BHS Wege zu Studien ermöglichen, für die sie auf Grund des absolvierten Schultyps nicht die (besten) Voraussetzungen mitbringen. Das bisherige Angebot betreffend Studienvoraussetzungen, wie bisher das Latinum, Graecum, Darstellende Geometrie u.ä. könnte erweitert werden. BHS-Absolventen fehlt es beispielsweise an philologischen Grundkenntnissen (insbesondere in Grammatik, Literatur), sie haben auch einiges in Geschichte usw. aufzuholen. Das könnte in einem entsprechendem „Einstiegspaket“ an der Universität angeboten werden, damit könnten die Bildungsperspektiven für viele doch erheblich erweitert werden, etc.

Mit dem vorgeschlagenen Modell einer mehrschichtigen Vorbereitung auf ein Studium – Informationspakete in der Oberstufe, Probe-Werbe-Lehrveranstaltungen an den Hochschulen, verschiedenste Kooperationen zwischen Universitäten und Oberstufen (in Form von Projekten usw.), Bewerbung und Interview als definitive Zulassungsprozedur wäre der Zugang zu den Hochschulen immer noch frei, aber gleichzeitig offener und strukturierter, und im Unterschied zum aktuellen Zustand würden die Studierwilligen vom System gestützt und gefördert. Es wäre dies ein Modell, das eine optimale Ausschöpfung des vorhandenen intellektuellen Potenziales zum Ziel hat und mittelfristig auch zu einer besseren Verteilung der Studierenden auf die Studienrichtungen führen wird.

Einwände gegen die eben vorgebrachten Ideen sind absehbar und auch berechtigt: Die dabei entstehenden Kosten seien nicht zu tragen, es gäbe nicht genug qualifiziertes und erfahrenes Personal, diese Eingangsgespräche zu führen etc. Der derzeitige Zustand der Hochschulen würde ein derartiges Aufnahmeverfahren kaum zulassen, allein wenn wir ca 200 Studienanfänger im WS an der Slawistik annehmen – wer sollte die Motivationsschreiben bearbeiten und die Interviews führen? Die kostenneutralere Variante ist die, entweder alles so zu lassen wie es ist und damit zu spekulieren, dass ein großer Teil der Anfänger nach einigen Wochen aufgibt und sich die überfüllten Hörsäle von selbst leeren oder man sortiert die Studierwilligen per Multiple-Choice-Verfahren aus, deren Aussagewert kaum über dem einer Verlosung liegt.

Schlusspunkt: Abschied von Bologna und Neubeginn

Die Bologna-Reform hat keines der angestrebten Ziele wirklich erreicht. Es ist kaum ein Zufall, dass im neoliberalen Kontext Studien zu schmalspurigen (Aus-)Bildungssträngen „verschlankt“ und vorgeblich „employabel“ gemacht wurden. Statt ordentlicher akademischer (Aus-)Bildung hat die Bologna-Reform Fast Knowledge, Oberflächlichkeit, akademische McDonaldisierung und „Bulimie-Learning“ in den Curricula installiert, letzteres meint nach Eßbach „Lernen nur um riesige Mengen von Lehrstoff in Prüfungssituationen wieder auskotzen zu können. Nachhaltiger Lerneffekt – gleich Null.“¹³ Dies und gleichzeitig die fortgesetzte Unterfinanzierung haben die herrschenden Verhältnisse vollends zum Desaster werden lassen. Der enorme Zeitdruck der Umsetzung (mit zu geringen materiellen wie personellen Ressourcen) hat zudem zu einer drastischen Senkung der Qualität auch der administrativen Praxis auf den verschiedenen Ebenen geführt, was sich darin zeigt, dass kaum in Kraft (2008) gesetzt schon wieder Überarbeitungen und Revisionen der Curricula, Verordnungen, Verfahren notwendig werden. Schulungs- und Nachschulungsbedarf des administrativen Personals ist enorm und überfordert bzw. belastet die vorhandenen Kapazitäten. Eine Stabilisierung ist kaum absehbar. Die Stimmung des überwiegenden Teiles der Lehrenden, Studierenden wie der Administration ist gereizt und frustriert. Positive, engagiert motivierte Einstellung ist kaum anzutreffen und es ist kaum vorstellbar, dass, wenn dieser Zustand etwa 5 bis 10 Jahre anhält, die Universitäten diese Verhältnisse ohne Schaden überstehen werden. Und schließlich bin ich mit W. Essbach einer Meinung, wenn er es Skandal bezeichnet, dass für die Zerstörung der Universität auch noch Studiengebühren verlangt werden sollen.¹⁴

Hoffnung gibt eine Meldung aus Deutschland, wo die Kultusminister das Bachelor-Studium auf Grund des Druckes der Studenten radikal reformieren wollen. Ziel sind bessere „Studierbarkeit“, größere Flexibilität der Studienzeiten, Bachelor-Studiengänge sollen auch 7 oder 8 Semester dauern dürfen. „Bundespräsident Horst Köhler hatte diejenigen in Bund und vor allem in den Ländern kritisiert, die geglaubt hätten, man könne das Hochschulwesen kostenneutral umbauen und vielleicht sogar durch die Einführung der Bachelor-Studiengänge Geld sparen.“¹⁵ So sieht keine Erfolgsbilanz einer Reform aus sondern das ist der eingestandene Bankrott. Eine schwierige Aufgabe steht bevor, 10 Jahre Entwicklungsdesaster aufzuarbeiten und zu überwinden. In Österreich gibt es noch keine Anzeichen dafür, dass sich die offizielle Einschätzung des Bologna-Prozesses geändert hätte. Aber auch hier zu Lande wird die Hochschulpolitik die Realitäten anerkennen und entsprechende Taten setzen müssen. Unausweichlich ist ein bildungspolitischer Diskurs über den Stellenwert der Bildung und des Rechtes auf Bildung in der Gesellschaft. Notwendig ist eine Umkehr, eine Besinnung auf klassische, d.h. antike Bildungsideale, deren humanistische Konzepte immer noch aktuell sind. Es handelt sich dabei um ein „Programm der Selbstbildnis des Menschen, eine Formung und Entfaltung von Körper, Geist und Seele, von Talenten und Begabungen, die den einzelnen zu einem selbstbewussten Teilnehmer am Gemeinwesen und seiner Kultur führen sollte. Gleichzeitig galt Bildung als einzige Möglichkeit, den Menschen aus der Barbarei in die Zivilisation, aus der Unmündigkeit in die Autonomie zu leiten.“¹⁶ Statt des Ziels einer oberflächlichen, in Kurzstudien (von 6 Semestern) gequetschte vorgebliche „Employability“ wären nachhaltige Förderung und Hebung des intellektuellen Potenzials anzustreben mit der Perspektive der

¹³ <http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=3220424/byvd14/index.html>

¹⁴ Wolfgang Essbach: Der Krieg gegen die Intelligenz oder Warum für eine Verschlechterung des Studiums Studiengebühren nötig sind. <http://forum-kritische-paedagogik.de/start/download.php?view.16>
Ders.: Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Landtagsausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zur Umstellung auf Bachelor-Masterstudiengänge an den Hochschulen in Baden-Württemberg, 11. Dezember 2008, <http://www.soziologie.uni-freiburg.de/Personen/essbach/interventionen.php>

¹⁵ „Deutsche Studenten erzwingen Bachelor-Reform“ in: Standard 10.12.09

¹⁶ K.P.- Liessmann: Theorie der Unbildung, Wien 2006, S. 54

Emanzipation des Individuums zum Zweck der verstärkten kritischen Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess und für bessere Voraussetzungen für ein Überleben in und nach der Krise.

Die Bologna-Reformen sind nicht an ihrer Umsetzung gescheitert sondern an ihrem Konzept. Um die die Zerstörung der Universitäten zu beenden sind Maßnahmen notwendig, die mehr oder weniger gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Ob wir diese unabdingliche Rettungsaktion Revision von oder Rückzug aus Bologna nennen, ist aber sekundär.

- Sofortiger Plan für eine gesicherte Finanzierung von Forschung, Lehre und wissenschaftlichem Nachwuchs, stufenweise Anhebung des Universitätsbudgets in kürzester Zeit auf die seit Jahren versprochenen 2% BIP beginnen ab kommendem Budgetjahr
- Aussetzen der „Bolognisierung“ der Studien – wo es noch möglich ist
- „Alle Studienpläne werden außer Kraft gesetzt und haben nur noch empfehlenden Charakter“¹⁷. Auf jeden Fall sofortige Abschaffung der Zwangskorsetze der Module
- Ersatz der Erweiterungscurricula durch freie Wahlfächer bzw. durch Wahlfachbündel
- Abschaffung der irreführenden ECTS-Währung (sie kann bestenfalls als Empfehlung bestehen bleiben)
- BA-Studienabschluss mit verpflichtender Abschlussarbeit und -prüfung (Defensio)
- Aufhebung der zwangsselektiven STEPs, dafür Einrichtung studienbegleitender Maßnahmen wie Tutorien sowie professionelle Beratung und Betreuung an den Instituten
- selbstverantwortliche Organisation der Lehre durch ein gewähltes Gremium von Lehrenden und Studierenden (analog den alten Studienkommissionen)
- Ersatz der New Management-Strukturen durch demokratisch legitimierte und eigenverantwortliche Leitungs- und Entscheidungsebenen, Installation von entsprechenden demokratisch legitimierten Selbstverwaltungskörpern
- Ausstattung der Institute und Studienrichtungen mit vollständiger Autonomie hinsichtlich Lehre, Forschung, Personalentwicklung
- Hinterfragung der Sinnhaftigkeit von SPL
- Radikale Entbürokratisierung, Redimensionierung des administrativ-bürokratischen Apparates, Schaffung von Freiräumen für Studierende wie Lehrende durch Liquidierung bürokratischer Hemmnisse
- Entwicklung neuer Studienpläne mit 5-jährigen Studium als Standard, Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Studierenden mit verbesserter Beratung und Betreuung durch die Lehrenden
- Planbare akademische Karrieren mit entsprechendem Dienstrecht, Bezahlung etc.
- Drastische Erhöhung des akademischen Personals
- Slawistisches

Die Liquidierung der Lehrveranstaltungen für Hörer aller Fakultäten mit zahlreichen Sprachkursen (und deren Auslagerung in das Sprachenzentrum / SZ) hat zumindest für die Slawistik der Universität Wien fatale Konsequenzen. Die Deckung des stark gestiegenen Bedarfes slawischer Sprachen – eine logische Konsequenz von Ostöffnung und Osterweiterung – kann nicht über das SZ erfolgen, das als kommerzielle Konstruktion vorwiegend ökonomische Ziele verfolgt und außerdem nicht die gewünschten qualitativen Standards erbringt. Das SZ wäre vollständig in die philologischen Studienrichtungen (und Qualitätskontrolle ausschließlich durch diese) zu integrieren und als selbständiger Wirtschaftskörper aufzulösen. Dann könnten auch dort erbrachte Leistungen ohne weiteres auch auf die Studienpläne angerechnet werden.

¹⁷ Rober Pfaller: Konzept eines universitären Notprogrammes in: Standard, 27.11.09

Viele Studierende, die zu ihrem Studium eine slawische Sprache lernen (und nicht zusätzlich saftige Gebühren am SZ entrichten) wollen aber formal (als Nichtslawisten) Gefahr laufen, wegen der katastrophalen Überfüllung der Kurse am Institut für Slawistik abgewiesen zu werden, inskribieren zum Schein ein Doppelstudium (wodurch sie formal nicht mehr abzudrängen sind), um nach Absolvierung der von ihnen gewünschten Kurse (nach 2-4 Semestern) sich zu „verabschieden“. Sie bescheren damit den slawistischen Studienrichtungen unverdiente Dropout-Werte. Nicht nur aus diesem Grund muss die Wiedereinführung der Lehrveranstaltungen für Hörer aller Fakultäten dringendst gefordert werden sondern vor allem auch als Plattformen akademischen interdisziplinären Austausches, an denen sich die slawistischen Studienrichtungen mit einem attraktiven Angebot von Lehrveranstaltungen für Nichtslawisten – entsprechende Finanzierung vorausgesetzt – beteiligen könnte.

Da in der Vergangenheit verabsäumt worden war, die Translationswissenschaft (vormals: Übersetzer- und Dolmetscherausbildung) in die philologischen Studienrichtungen zu integrieren, was viele Probleme erspart hätte, ergibt sich ein erhebliches Konfliktpotenzial. Da die Translationswissenschaft bei ihren Studienanfängern ein bestimmtes Niveau der Sprachbeherrschung voraussetzt, selbst aber nicht die Sprachkurse anbietet, die zu diesem geforderten Level führen, belegen /inskribieren Studierende zum Zweck des Spracherwerbs an der Slawistik die entsprechenden Sprachen, ohne die Absicht zu haben, ein Slawistik-Studium abschließen zu wollen – mit den bekannten Konsequenzen: Sie belasten aber die hoffnungslos überfüllten Sprachkurse des Instituts für Slawistik und drücken auf die Statistik, indem sie die Drop-out-Quote erhöhen, sobald sie auf der Translationswissenschaft aufgenommen werden und das Slawistik-Studium (nach etwa 4-6 Semestern) definitiv fallen lassen. Das Institut für Slawistik ist durchaus im Stande auch diesen speziellen Sprachbedarf zu decken – allerdings nicht unter dem derzeit herrschenden Dogma von der Kostenneutralität. Usw. usf.